

Die Alternative zur Vorratsanmietung von Sozialwohnungen ist nicht etwa die Unterbringung in Turnhallen, sondern wäre zunächst einmal die Belegung von Wohnungen der ehemaligen Landesstelle Massen.

Dies ist von der Mehrheit politisch nicht gewollt.

Eine dezentrale Unterbringung im Stadtgebiet ist sicherlich besser für die Integration. Sie kostet aber zusätzliches Geld, welches wir als Haushaltssicherungskommune eigentlich nicht zur Verfügung haben.

Unsere Anfrage im Wortlaut:

http://www.freie-liste-unna.de/themen/main/_dateien/datenbank1/daten/eintraege/dateien/100535/PDF.pdf

Unser Antrag aus 2015 zum Wohnungsbau:

http://www.freie-liste-unna.de/themen/main/_dateien/datenbank1/daten/eintraege/dateien/100246/PDF.pdf

Bericht des Innenministers NRW zur Belegung in NRW:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV16-4888.pdf>

Hellweger Anzeiger vom 03.04.17:

Wohnungen für Flüchtlinge

Unna. Die Stadt darf weiterhin Wohnungen anmieten, um Flüchtlinge darin unterzubringen. Eine politische Mehrheit billigt sogar die Anmietung von zehn Wohnungen auf Vorrat. Hintergrund: Der Platz in den Übergangswohnungen wird knapp. ↗ Seite 9

Stadt darf ihre Asylbewerber „einmieten“

Zugriff auf den Wohnungsmarkt findet breiten Rückhalt in der Politik

Von Sebastian Smulka

Unna. Am Konzept, Flüchtlinge in Wohnungen vom freien Markt unterzubringen, darf die Stadtverwaltung festhalten. Die Fraktionen des Stadtrates sichern breiten Rückhalt zu – mit Ausnahme der FLU.

Angesichts der aktuellen Aufnahmeverpflichtung bleibt Unna gar nichts anderes übrig, als Wohnungen anzumieten. Die bereits eingetroffenen und die noch erwarteten Flüchtlinge brauchen ungefähr 340 Betten. In den Übergangwohnheimen der Stadt gibt es aber nur 200, und außer Asylbewerbern muss die Stadt dort auch Menschen in anderen Notlagen unterbringen.

Die Idee, für eine schnellere Verfügbarkeit zehn Wohnungen schon auf Vorrat anzumieten und diesen Pool immer wieder aufzustocken, scheint von einer breiten politischen Mehrheit unterstützt zu werden. Unnas Sozialausschussvorsitzende Gabriele Meyer (CDU) etwa spricht von einer moralischen Verpflichtung und einem Akt angewandter, christlicher Nächstenliebe, Menschen, die vor dem Krieg geflüchtet sind, Obdach zu geben. Zugleich sieht sie in der Idee der Vorratsanmietung einen Beitrag dazu, etwaige Spitzen bei der Zuweisung abzufangen. Dabei erinnerte Meyer an das Beispiel anderer Kommunen, in denen zum Teil Schulkturnhallen zeitweilig als Unterkunft genutzt wur-

den, aber damit nicht mehr für ihre eigentliche Nutzung zur Verfügung standen. SPD-Fraktionschef Volker König verweist darauf, dass die Unterbringung in Wohnungen am Mietmarkt auch ein Beitrag zur Integration leisten könne. Eine Leerstandsquote von weniger als zwei Prozent im Wohnungsbestand mache es unwahrscheinlich, dass die Flüchtlinge in Teilen der Stadt konzentriert werden. „Es ist gut, wenn sie zwischen Menschen leben, die Müller, Meyer oder König heißen“, so der SPD-Mann.

Kritische Fragen hatte zuletzt die Freie Liste an die Stadtverwaltung gestellt. Unter anderem fragte sie nach Unterbringungsalternativen, da der öffentlich geförderte und damit bezahlbare Wohnraum in Unna ohnehin knapp sei und ein Bedarf bestehe.

Im politischen Raum gerät die FLU dafür in die Kritik. Vorgeworfen wurde ihr zum Beispiel, eine Neiddebatte anzustacheln, in der Asylbewerber und andere Einkommensschwache gegeneinandergestellt würden. FLU-Fraktionschef Klaus Göldner weist diesen Vorwurf zurück. Dass seine Problembeobachtung durchaus eine Grundlage hat, bestätigte indirekt auch die Stadtverwaltung: Anlässlich der „Abrissparty“ am großen Mehrfamilienhaus an der Potsdamer Straße verwies Kolter auf künftige und notwendige Planungsvorhaben der Stadt im sozialen Wohnungsbau.



Die Männer-WG in der ehemaligen Landesstelle war über Jahrzehnte ein funktionales Modell, erinnert die FLU. Heute dagegen bedient sich die Stadt stärker am Wohnungsmarkt. Foto: Archiv